

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 12.— Mit Durch-Austräger 60.— pro Woche. Durch die Post 80.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionspreis: 6.— 6 Nachm. Produktivgenossenschaft, d. Brodtrug Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Hofschekonto Nr. 21069. — Fernsprechkreislauf, Ring Nr. 8897

Freitag, 1. Dezember 1922

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltenen Millimeterzeile ober deren Raum 10.— Mk. Stellens- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 Mk. Kleinanzeigen pro Wort 1.50 Mark. — Kletzma: Die 8 Millimeterzeile 8 gespalten ober deren Raum im Text 30.— Mk.

An die Arbeit!

Der Reichsbetriebsrätekongress hat getagt. Nachstehend veröffentlichen wir die organisatorischen Richtlinien, in denen die Tätigkeit der Kontrollausschüsse zusammengefasst und zentralisiert ist. Es muß jetzt die Pflicht eines jeden Genossen sein, trotz Sabotage, Verfolgung durch Gewerkschaftsbürokratie, Polizei und Unternehmertum dafür zu sorgen, daß aus dem toten Buchstaben lebendiges Leben wird. Das Elend steigt, die Gefahren für die Arbeiterschaft wachsen; die Kommunisten müssen Führer und Berater der verzweifeltsten Massen werden, jeder auf seinen Posten und dann: An die Arbeit!

Organisationsthesen

angenommen vom Reichsbetriebsrätekongress.

Das feste Vertrauen nur für ihre eigene Kraft, das unerschütterliche Klassenbewußtsein bei den altorganisierten Arbeitern wieder herzustellen und bei den übrigen Klassengenossen zu wecken, ist eine wichtige Voraussetzung zur erfolgreichen Abwehr der Verelendung der Arbeiterklasse.

Nicht nur durch Vorträge und Belehrungen, sondern vor allem durch die praktische Anwendung der Klassenbewußtseinsarbeit ist das Klassenbewußtsein zu wecken und zu stärken. Die Erkämpfung der geringsten Forderungen, selbst der kleinsten Kreise des Proletariats ist der Ausgangspunkt der organisierten Selbsthilfe der Arbeiterschaft.

In Betriebsversammlungen, öffentlichen Einwohnerversammlungen, Versammlungen der Mieter, Sozialrentner, der Arbeitslosen, der Frauen, der Kleinbauern, der Kriegsoffer, der Jugendlichen usw. werden die gemeinsamen Leiden und Beschwerden der Beteiligten zum Ausdruck gebracht. Sie müssen dort zu Forderungen für den Kampf um die Abhilfe der Uebel verdrichtet werden.

Betriebsräte und Kontrollausschüsse werden beauftragt zur Führung solcher Bewegungen und Kämpfe. Dazu haben sie vor allem die jeweilig aufgestellten Forderungen bei Behörden und Privaten nachdrücklich zu vertreten. Jede Form von Einzelhilfe insbesondere Bänderungen stärken nur den Einfluß der Kapitalisten, Schieber und Wucherer und werden daher von der organisierten Arbeiterschaft bekämpft. Demonstrationen und weitere Ausdrucksmittel des Massenwillens sind anzuwenden, wenn den genannten Organen der Arbeiterschaft starker Widerstand entgegengestellt wird.

Eine weitere Stärkung der im Kampf befindlichen wird erreicht durch die bezirksweise Zusammen-

fassung der örtlichen Bewegungen und ihrer Organe, der Betriebsräte und Kontrollausschüsse.

Die örtlichen Kontrollausschüsse müssen täglich alle Beschwerden der Bevölkerung entgegennehmen und durch Anwendung entsprechender Maßnahmen die Herabsetzung der Preise für unentbehrliche Lebensmittel und Bedarfsartikel erzwingen unter Ausnutzung der Organe der Arbeiterschaft, des Staates und der Gemeinden.

Weiter ist die Prüfung der Waren, die Kontrolle der Produktion und Verteilung der Produkte zur Verhinderung von Preistreiberi und Wucher, sowie die Veröffentlichung und Ausnutzung der festgestellten Fälle durch Presse und Versammlungen örtlich und bezirksweise mit Energie zu betreiben.

Von dem vom Reichsbetriebsrätekongress eingesetzten Reichsausschuss ist ein engerer Arbeitsausschuss bestimmt zur Zusammenfassung und Organisation der Bewegung zur Selbsthilfe der Arbeiterschaft im ganzen Reiche.

Die Kontrollausschüsse müssen ihre Arbeit gut durchorganisieren und differenzieren. Sie müssen Unter- und Spezialkommissionen bilden, die nach der Größe des zu bearbeitenden Gebiets, in welchen Städten, auch bezirksweise Gliederung und Bewachung der Hausfrauen zur Markt- und Kleinhandelskontrolle, der Eisenbahner und Transportarbeiter zur Transportkontrolle, der Landarbeiter zur Feststellung und Erfassung der Lebensmittelvorräte und Kontrolle der Ausaat und Feldbestellung, der mittleren und niederen Beamten in den Orts-, Landes- und Reichsbehörden zur Bekämpfung der Faschisten und Konterrevolutionäre, der technischen und kaufmännischen Angestellten zur Bekämpfung der Produktionsabotage, Spekulation und Finanzberchiebungen.

Besondere Kommissionen sind überall zu bilden zur Heranziehung der Schupo und Reichsmehr, Kleinbauern und notleidenden Kleinbürger, um auch sie zum Kampf gegen die Verelendung zu gewinnen oder wenigstens zu neutralisieren.

Zur planmäßigen Leitung dieser Kommissionen sind verantwortliche Reichsleitungen für die Erfassung der Eisenbahner, Landarbeiter, Hausfrauen, Beamten und Angestellten, Schupo, Reichsmehr und Kleinbauern vom Reichsausschuss einzusetzen, die nach Bedarf in den einzelnen Ländern oder Wirtschaftsbezirken Leiter für diese Spezialaufgaben einsetzen sollen.

Die Kontrollausschüsse müssen bei ihrer praktischen Tätigkeit eine möglichst breite Basis haben. Sie müssen von den politischen Parteien des Proletariats, von den Gewerkschaften vorbehaltlos Anerkennung und rückhaltlose Unterstützung fordern.

Auslandswochenchau.

Der neue Außenpolitiker der deutschen Republik. — Die Arbeitsstellung zwischen Cuno und Rosenberg. — Französische Vorbereitungen auf Brüssel. — Auf dem Wege zum Kapitalistenkompromiß. — Lausanne und Moskau.

Die deutsche Republik hat wieder einen neuen Außenminister. Herr v. Rosenberg ist ein Berufsdiplomate, der mit persönlicher Verantwortung noch niemals hervorgetreten war. Es ist wenig wahrscheinlich, daß er in einem oder anderen Sinne Ungewöhnliches leisten wird. Die Außenpolitik eines Landes hängt nicht so sehr von den Personen ab, die dafür verantwortlich zeichnen, als von der Klasse, die den Staat regiert. Auffällig war z. B. die Unsicherheit und Erfolglosigkeit der deutschen Diplomatie in der wilhelminischen Epoche, obwohl die deutsche Bourgeoisie zur gleichen Zeit wirtschaftlich von Sieg zu Sieg schritt. Dieser Zwiespalt kam daher, daß die deutsche Bourgeoisie trotz ihrer ökonomischen Macht die politische Leitung mit den feudal-bürokratischen Elementen teilen mußte. Der deutsche Durchschnittsdiplomate vor dem 9. November stammte aus junkerlicher und bürokratischer Umgebung. Draußen in der Welt gewöhnte er sich freilich die Manieren und die Denkweise der ostelbischen Krantjunker und der Potsdamer Büros ab. Aber dadurch entstand eine Lücke. Eine kräftige Bourgeoisiepolitik konnten die Herren auch nicht treiben. So kam in die deutsche Diplomatie der Zug des Schwankenden und Schwächlichen. Manche dieser Herren suchten die fehlende Klarheit und Selbstsicherheit durch eine plumpe Schlaueit zu ersetzen: Typus Graf Bernstorff und Herr v. Kühlmann. Bei anderen langte es nicht einmal dazu. Der faßt- und knochenlose deutsche Durchschnittsdiplomate neigte freilich viel mehr zu Bethmann-Hollweg, als zu dem brutalen Imperialismus eines Ludendorff. So kam es, daß diese schwankenden, stets ein Kompromiß suchenden, aber doch modern sein wollenden Herren sich mit der Kleinbürger-Republik des 9. November meistens gut verführten.

Die Brockdorff-Ranzau und Solf, Simons und Rosen haben es ganz gut verstanden, die pazifistischen Gefühle der hilflosen deutschen Kleinbürgerei in weltmännisch-diplomatische Formen zu kleiden. Ein neues Element brachte freilich Walter Rathenau ins auswärtige Amt: die deutsche Großbourgeoisie, die sich vor dem 9. November vom Feudalismus und nach dem 9. November vom Kleinbürgertum bebormunden ließ, machte sich selbständig und ergriff selbst das Staatsruder. Diese Abschüttelung des überflüssig gewordenen Kleinbürgertums, zu dem die SPD-Führer mit gehören, ist ja für das Ministerium Cuno charakteristisch. Man darf sagen, daß Herr Cuno seine Außenpolitik selbst machen wird und daß Herr v. Rosenberg sich auf die bürokratischen Arbeiten beschränken wird.

Cunos Außenpolitik wird sich von den sentimentalen Phrasen freihalten, die Walter Rathenau in seinem öffentlichen Auftreten für nötig hielt, obwohl er selbst an all die Sinfonien nicht glaubte, die er dem internationalen Publikum vorspielte. Cuno wird als Geschäftsmann zu anderen Geschäftsleuten sprechen. Er wird einen schweren Stand haben, falls er tatsächlich beabsichtigt, gestützt auf das englisch-amerikanische Kapital, gegen Frankreich Front zu machen. Die Brüsseler Konferenz wird ja in kurzem zeigen, wohin die Reise geht. Die Pariser Regierungspresse formuliert den Gegensatz folgendermaßen: „Deutschland macht allerlei Versprechungen einer finanziellen Sanierung, aber es will zugleich seine Anzahl Jahre nicht zahlen. Auf eine solche Lösung kann Frankreich sich nicht einlassen. Wenn aber die neue Regierung ein Programm der finanziellen Sanierung und der Zahlungen hat, dann mag sie es der Entente vorlegen. Wenn aber die deutsche Regierung kein annehmbares Programm vorlegt, dann werden die Verbündeten sich selbst bezahlt machen. Frankreich wird zum Ersatz für die Reparationen, die ihm zukommen, die deutschen Reichthümer ausbeuten müssen, die unter seiner Hand oder in der Reichweite seiner Hand liegen.“

Das ist deutlich genug. Wenn die Regierung Cuno es wagen sollte, gestützt auf irgend eine englisch-amerikanische Kombination, Frankreichs Pläne zu stören, so wird Frankreich das Rheinland von Deutschland abreißen und sich dort mit seinem Freund Stimmes direkt verständigen. Das Hauptinteresse des französischen Kapitalismus sind nicht so sehr die Reparationszahlungen, obwohl diese als Druckmittel in den Vordergrund ge-

Severing hält Wort!

Der Kampf gegen die Kontrollausschüsse beginnt

Der Kontrollausschuss von Wunstorf bei Hannover hatte am Sonnabend die Arbeiterschaft zu einer Demonstration versammelt. Die von allen Arbeitern, ohne Unterschied der Partei, besuchte Demonstration zog zum Magistrat und forderte behördliche Anerkennung des Kontrollausschusses. Der Magistrat erkannte unter dem Druck der Versammlung den Kontrollausschuss an. Am Montag fand eine neue Demonstration statt. Der Kontrollausschuss setzte den Festelpreis von 19000 auf 4000 Mk. herab. Der Polizeipräsident hat daraufhin den 1. Vorsitzenden des Kontrollausschusses verhaftet und in das Gefängnis Hannover einliefern lassen. Die Verhaftung des 2. Vorsitzenden steht bevor. Der Magistrat erklärte dem Kontrollausschuss gegenüber, daß Severing bereits in den nächsten Tagen eine gesetzliche Verfügung erlassen würde, wonach Kontrollausschüsse verboten sind.

Die bürgerlichen Agenturen und Zeitungen bemühen die Vorgänge in Hannover zu einer wahren Hege gegen die Kontrollausschüsse.

Sozialdemokraten gegen den Achtstundentag.

Neben den „Sozialistischen Monatsheften“ führt „Der Firt“ als „sozialistische“ Zeitschrift die Politik fort. Die von Paul Lentsch, Winnig und Konjorien am konsequentesten betrieben wurde. Mit Schmutzeln gräbt die „Deutsche Tageszeitung“ aus dem letzten Heft des „Firt“ wieder eine Aeußerung eines sozialdemokratischen Parteimitgliedes namens Janßen aus, der klar und unverhüllt gegen den Achtstundentag schreibt. Herr Janßen erklärt, daß der Achtstundentag ein Prinzip sei, das man jetzt nicht durchführen könne. Die Mehrarbeit sei die Hauptvoraussetzung unseres nationalen Wiederaufbaues.

Die Janßen, Schippel und Staliski sprechen nur offen aus, was einflussreiche Führerkreise in der SPD beabsichtigen und planen. Die Tatsache, daß die SPD gegen solche Leute nicht mit Ausschlußverfahren vorgeht, zeigt, daß die Partei solche Auffassungen über den Achtstundentag immerhin für vereinbar mit der Mitgliedschaft innerhalb der SPD hält. Die Arbeiterschaft muß daraus ihre Schlüsse ziehen und muß erkennen, welchen wirklichen Wert die Erklärungen der sozialdemokratischen Führer für den Achtstundentag haben.

schoben werden, sondern ist die oft diskutierte Beteiligung an der deutschen Produktion. Ein derartiges Programm wird Poincaré in Brüssel vortragen, und er wird bei Donar Law keinen Widerstand finden. Der Sturz Lloyd Georges, das wird immer klarer, ist ein Riesengewinn für Stinnes und Poincaré. Auch in Amerika ist die Neigung zu einer aktiven Intervention in Mitteleuropa heute geringer denn je. Herr Cuno wird also ein Kompromiß suchen müssen. Das innerpolitische Kompromiß mit Stinnes wird ihm nicht schwer fallen, und außenpolitisch wird Frankreich den ersten Platz in dem internationalen Trüß erhalten müssen, der die deutsche Wirtschaft übernimmt.

Die „Friedens-Konferenz“ in Lausanne zeigt wiederum das Bestreben der englischen Regierung, die Konflikte mit Frankreich zu überbrücken, obwohl sich die wirklichen Streitobjekte, wie die Petroleumfelder von Mossul, nicht aus der Welt schaffen lassen. Nicht die Dardanellefrage, sondern die Frage nach der Zukunft von Mossul ist das entscheidende Problem des Nahen Ostens. Wird die Mossulfrage in Lausanne entschieden, so wäre dies eine neue Niederlage des englischen Kapitalismus vor unabhängigen Konjunktionsen. Schaltet man aber das Problem der Petroleumfelder von der Friedenskonferenz aus, so ist diese nichts. Sie hätte dann dasselbe Schicksal wie all die anderen Weltkonferenzen des Kapitalismus seit Versailles. Die Washingtoner Abrüstungskonferenz hat papierene Verträge zustande gebracht, die kein Mensch ausführt. Die Tagungen von Genua und Haag gingen resultatlos auseinander, von den famosen Reparationskonferenzen ganz zu schweigen. Das Schicksal des Orients gestaltet sich nicht nach den Entschlüssen der Diplomaten, sondern nach den Tatsachen des Befreiungskampfes der dortigen Völker. Die Türken Kemal Paschas haben die Franzosen aus Sizilien und die Griechen aus Kleinasien hinausbejagt und damit einen neuen Rechtsboden für die Diplomaten bereitet. Sie haben dem Entente-Kapital Triumphe und Konstantinopel abgetrotzt. Ihre nächsten Ziele sind Mossul, Mesopotamien und Syrien. Im Orient ist es die nationale Bewegung der unterdrückten Völker, welche die kapitalistische Ordnung sprengt. In Europa hat das unterdrückte Proletariat die gleiche Aufgabe zu lösen. Die Arbeiterklasse Deutschlands hat auf ihrem Betriebsrätekongreß den Willen kundgetan, der Lösung der Cuno und Stinnes die proletarische Lösung entgegenzusetzen. Die kapitalistischen Gegensätze und Reparationsforderungen verschwinden, sobald man ihnen die Grundlage entzieht, nämlich die Herrschaft der Kapitalistenklasse.

Für die Arbeiterregierung in Sachsen.

Der Landesvorstand der KPD-Sachsen hat an den Landesarbeitsausschuß Sachsen der SPD. folgendes Schreiben gerichtet:

Landesvorstand Sachsen Leipzig, den 23. 11. 1922.
KPD.

An den
Landesarbeitsausschuß Sachsen der SPD.
Dresden.
Werte Genossen!

Der Landesvorstand Sachsen der KPD hat zu Ihrem Schreiben vom 20. November 1922 Stellung genommen.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß Sie unsere Forderungen als sachlich und berechtigt anerkennen. Die KPD ist nach wie vor bereit, mit der SPD in Sachsen eine Arbeiterregierung zu bilden. Die KPD fühlt sich jedoch an die Verpflichtungen gebunden, die sie ihren Wählern in bezug auf die Arbeiterregierung gemacht hat. Die Forderung nach der Mitwirkung der Betriebsräte an der Gesetzgebung erhebt die KPD in der festen Überzeugung, daß jeder ernstliche Versuch, eine der von Ihnen selbst als berechtigt anerkannten Forderungen durchzuführen, ohne tatkräftige Mitwirkung der in den Betrieben wirkenden Organe des Proletariats, der Betriebsräte, scheitern muß.

Sie bezeichnen in Ihrem Schreiben die Betriebsräte als Organe der Gewerkschaften. Das ist nur bedingt richtig. Die Betriebsräte sind nach der Reichsverfassung die soziale und wirtschaftliche Interessenvertretung aller Arbeiter und Angestellten. Die KPD kann sich nur an einer Arbeiterregierung beteiligen, die alle in der Verfassung festgelegten Rechte der Arbeiterklasse voll ausübt. Nur dann wird die Arbeiterregierung eine genügend breite Basis haben zur Führung aller Kämpfe, die ihr die besitzende Klasse aufzwingt.

Da Ihre Einwände im Schreiben vom 20. November gegen das von uns angebotene Programm in offenbarem Widerspruch stehen zu Ihrem ersten Schreiben vom 11. November, in dem Sie die Verfassung als geeignete Grundlage für eine Verständigung bezeichnen, erklären wir uns bereit, mit der SPD. gemeinsam ein Programm für eine Arbeiterregierung in Sachsen aufzustellen.

Mit kommunistischem Gruß
Landesvorstand Sachsen KPD.
J. A. Paul Röttger.

Die KPD ist nach wie vor bereit, sich an einer Arbeiterregierung in Sachsen zu beteiligen, sobald durch Annahme ihrer Mindestforderungen die unerlässliche Garantie wenigstens für die Möglichkeit einer entscheidenden proletarischen Politik geschaffen wird. Sie zu schaffen, liegt bei der SPD. in Sachsen, deren Führer bisher noch bei „grundgesetzlicher Anerkennung“ der Au-

Alle Ortsgruppen!

Genossen und Genossinnen!

Wir haben Aufgaben von großer politischer Bedeutung durchzuführen. Das können wir nur, wenn jeder einzelne Funktionär mit seinen Aufgaben vertraut ist. Die Bezirksleitung ruft deshalb für den

2., 3., 9. und 10. Dezember in allen Agitationskreisen Kreis-Konferenzen

ein. Den Kreisleitern geht in den nächsten Tagen eine besondere Aufforderung über die Konferenz ihres Kreises zu. Die Tagesordnung lautet überall:

1. Die politische Lage und die organisatorischen Aufgaben der Partei.
2. Die Finanzen des Bezirks.
3. Die kommenden Gemeindevahlen.
4. Verschiedenes.

Ein Vertreter der Bezirksleitung ist anwesend. Die Ortsgruppen haben unbedingt einen Vertreter zu entsenden. Um die Kosten der Delegation, die die Ortsgruppen zu tragen haben zu verringern, empfiehlt es sich, nur einen Delegierten zu entsenden.

Die Kreis-Konferenzen finden wie folgt statt:

Sonnabend, den 2. Dezember **Sirshberg, Oels.**

Sonntag, den 3. Dezember, vormittags: **Breslau, Oppeln, Waldenburg, oberes und unteres Revier (gemeinsam) Landeshut, Landau.**

Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags: **Oblau, Striegau, Reichenbach-Langenhilau.**

Sonnabend, den 9. Dezember, abends 7 Uhr: **Ratibor und Neustadt-Ziegenhals.**

Sonntag, den 10. Dezember, vormittags: **Gemeinsame Konferenz der Kreise Gleiwitz, Hindenburg, Beuthen und Mirkulischütz in Gleiwitz.**

Alle Ortsgruppen haben sofort für die Beschickung der Konferenz Sorge zu tragen. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein. Die Kreisleiter müssen die Ortsgruppen sofort verständigen, ihnen Zeit und Ort der Konferenz angeben. Die Bezirksleitung.

nahme der Forderungen auszuweichen suchten, indem sie sie teils als „schon erfüllt“, teils als „unerfüllbar“ bezeichneten.

Auf dem Landesparteitag der KPD. (Bez. Sachsen) wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Der Landesparteitag Sachsen der KPD. billigt die Politik des Landesvorstandes gegenüber der sozialdemokratischen Regierung, die Auflösung des Landtages und die bereits getroffenen Maßnahmen zur Bildung einer Arbeiterregierung in Sachsen.

Das Ergebnis der Landtagswahlen ist die nachträgliche Bestätigung dafür, daß die KPD. richtig gehandelt hat, als sie die Vorstöße der Reaktion mit der Auflösung des Landtages beantwortete. Der Landesparteitag stellt fest, daß für die Arbeiterregierung das gesamte Proletariat Sachsens ohne Unterschied der Parteien mit aller Kraft eintritt und begrüßt es, daß auch der Kongreß der sächsischen Betriebsräte vom 29. Oktober und der Betriebsrätekongreß am 23., 24. und 25. November die Bildung einer Arbeiterregierung gefordert haben. Der Partei erblickt in den 10 Forderungen der KPD. die Mindestforderungen für den Eintritt der KPD. in die Arbeiterregierung und beauftragt den Landesvorstand, unbedingt an diesen Mindestforderungen festzuhalten. Er erblickt in der Mitwirkung der Betriebsräte an der Gesetzgebung und in der Heranziehung der breiten Massen zur positiven Unterstützung der Arbeiterregierung die einzige Garantie für die tatsächliche Bewirkung des von der Partei aufgestellten Programms. Der Landesparteitag zweifelt nicht, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens, ebenso wie die Betriebsräte, die Notwendigkeit solcher außerparlamentarischer Garantien erkennen und sich für ihre Schaffung einsetzen werden.

Die Erklärung des Landesvorstandes über die Verfassung nimmt den sozialdemokratischen Führern auch den letzten Vorwand, das Zustandekommen der Arbeiterregierung scheitern zu lassen. Der Landesparteitag ist sich voll bewußt, daß eine Arbeiterregierung in Sachsen, die aus Kommunisten und Sozialdemokraten gebildet wird, eine tiefgehende Verdrängung des Klassenkampfes bedeutet. Die Bourgeoisie wird der Arbeiterregierung den stärksten Widerstand entgegenstellen bis zur letzten Konsequenz. Weil jedoch die Arbeiterregierung eine Durchgangsstufe im proletarischen Befreiungskampf darstellt, ist das Zustandekommen von so notwendiger, und ein Scheitern um so schädlicher für die arbeitenden Massen. Das sächsische Proletariat muß angesichts des Aufmarsches der bewaffneten Reaktion in Bayern und im Reich seine Reihen schließen. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen verhindern, daß ihre Führer die Bildung der Einheitsfront mit der Arbeiterregierung durch Schwankungen und Kapitulation vor dem Hungertum unmöglich machen. Der Kampf für die Arbeiterregierung in Sachsen ist der Kampf um die nackte Existenz des Proletariats.

Massenankomst gegen Teuerung und Reaktion in Belgien.

Am Sonntag fanden in ganz Belgien Massendemonstrationen der Arbeiterschaft gegen die Reaktion, die

Teuerung und die Kriegsgefahr statt, einberufen vom belgischen Gewerkschaftsrat. In den größeren Provinzstädten beteiligten sich 20.000 bis 30.000 Mann mit Aufschriften wie: „Es genügt nicht, zu schreiben, wir müssen handeln!“ „Krieg dem internationalen Kapital!“ an dem Umzug. Die sozialdemokratischen Redner schlugen recht radikale Töne an. In Brüssel mußte der Redner das ganze Fiasko der sozialdemokratischen Wieder- aufbaupolitik zugeben. Zu den faschistischen Versuchen der Bourgeoisie erklärte er, gegen die Faschistenverbände der Bourgeoisie wird die Arbeiterschaft nötigenfalls ihre eigenen bewaffneten Verbände errichten. Die Redner sprachen weiter davon, daß das Proletariat am Achtstundentag nicht rütteln lasse, und ein energisches Eingreifen der Regierung (!) gegen die Teuerung forderte.

Die Laten der belgischen Sozialdemokratie mit Herrn Vandervelde an ihrer Spitze stehen im kräftigsten Widerspruch zu den mitunter radikalen Worten dieser Führer.

Weitere Beschlüsse des Reichsbetriebsrätekongresses.

Folgender, vom Genossen Dr. Klauber dem Reichsbetriebsrätekongreß vorgelegter Antrag fand einstimmige Annahme:

Für die Sozialisierung des Gesundheitswesens.
In Anbetracht der jedes Maß überschreitenden körperlichen Verelendung des werktätigen Volkes und des aller Welt offenbaren völligen Zusammenbruchs des öffentlichen und privaten Gesundheitswesens fordert der Reichsbetriebsrätekongreß:

1. Sicherung der Volksernährung durch weitgehende Beschlagnahme der Lebensmittel unter Arbeiterkontrolle. Verbot der Vergärung und Verbrennung von Nahrungsmitteln zu Zwecken der Schnaps- und Alkoholverbereitung.
2. Beschaffung der notwendigen Mittel zum planmäßigen Neuaufbau des gesamten Gesundheitswesens durch rücksichtslose Sachverwertung.
3. Anschluß aller bestehenden proletarischen Gesundheitsorganisationen an den „Proletarischen Gesundheitsdienst“ bezw. Neugründung von P.O.D.-Gruppen.
4. Durchführung aller gesundheitlichen Maßnahmen durch die Organe der werktätigen Bevölkerung, d. h. Sozialisierung des Gesundheitswesens.

Für die proletarische Grubenkontrolle.
„Der Reichskongreß der B.R. nimmt Kenntnis von dem neuen Schlagwetter-Explosionsunglück auf Zeche Schamrock in Berne.

Der Reichskongreß sieht in diesem Unglück erneut, daß die Grubenkontrolle vollständig unzulänglich ist. Der Kongreß verlangt eine wirksame Grubenkontrolle und das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte. Die B.R. Rheinland-Westfalens. Abteilung Bergbau.“

Militaristisches aus der Republik.

Der unsterbliche Reichswehrminister G e l l e r will seinen Freund M ö h l, der sich in Bayern reaktionäre Verdienste erworben hat, eine Gehaltsstufe höher befördern und zum Gruppenkommandeur in Cassel ernennen. Cassel ist bekanntlich eine Hochburg der Orgeß. Möhls Nachfolger in München soll der General von L o s s o w werden, der während des Krieges die Jäden in der Türkei mit dem Marschall von der Goltz lenkte.

In Köln ist ein neues Todesopfer der letzten Polizeiattden bei den Hungerdemonstrationen zu verzeichnen. In einem Krankenhaus ist ein 14-jähriger Mittelschüler den bei den Unruhen erlittenen Verletzungen erlegen. Er hatte einen Revolverkugeln am Kopfe erhalten und büßt nun sein Hungern mit dem Tode.

Wenn die Sozialdemokraten für Bewaffnung sind, so treten sie nicht etwa für bewaffnete Arbeiterwehren ein, sondern, wie eben erst wieder aus Hirth berichtet wird, — sie fordern die Sozialdemokraten zum Eintritt in die Bürgerwehren gegen die Arbeiterschaft auf! Die Sozialdemokraten in Hirth organisieren, aber nicht nur Bürgerwehren gegen hungernde Arbeiter, sondern sie haben auch 70.000 Mk. zur Errichtung eines Kriegerdenkmals bewilligt. Das neue Reichskabinett kann mit seinen Sozialdemokraten und dieser „Arbeiterpolitik“ zufrieden sein. Der Lohn wird nicht ausbleiben.

Die Belegschaft der Badischen Anilin- und Sodafabrik im Abwehrstreik.

Ludwigs-hafen, 28. November.

Die Direktion der Badischen Anilin und Sodafabrik hat die von der Belegschaft gewählten und zum Reichsbetriebsrätekongreß entsandten Betriebsräte listlos entlassen. Als Antwort auf diese Provokation ist die gesamte Belegschaft heute in den Streik getreten.

Hafenarbeiter verlangen 4000 Mark täglich.

Die Hamburger Hafenarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen einen Tagelohn von 4000 Mark. Der Schlichtungsausschuß ist angerufen. Da die Hafenarbeiter einen Tagelohn von 10 Mark im Jahre 1914 gehabt haben, so ist die Forderung von 4000 Mark täglich wahrlich sehr gering. Der Lohn hätte nach Bewirkung der Forderung eine Steigerung von 400 erfahren, während fast alle Waten mindestens um das 1000fache gestiegen sind.

Fünf Jahre Russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution.

Rede des Genossen Lenin auf dem 4. Weltkongress der Kommunistischen Internationale.

Plenaritzung vom 13. November 1922.

Die Sitzung wird um 12 Uhr mittags eröffnet. Der große Andrejewski-Saal ist gedrängt voll. Man erwartet mit größter Spannung das Erscheinen Lenins. Als der Führer der russischen Revolution und des Weltproletariats im Saale erscheint, empfangen ihn stürmische Ovationen, langanhaltende Hochrufe. Die Anwesenden begrüßen stehend den Genossen Lenin. Die Delegierten singen die „Internationale“.

Genosse Lenin hält folgende Rede:

Parteigenossen! Ich bin als Hauptredner auf der Liste genannt, aber sie werden verstehen, daß ich nach meiner langen Krankheit nicht in der Lage bin, einen langen Bericht zu erstatten. Das Thema „Fünf Jahre Russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution“ ist zu umfangreich und groß, als daß es ein einzelner Redner in einer Rede überhaupt erschöpfen könnte. Darum nehme ich für mich nur einen kleinen Teil aus der Materie heraus, nämlich die Frage der Neuen Oekonomischen Politik. Dieses Thema ist jetzt das wichtigste oder wenigstens für mich das wichtigste, weil ich jetzt daran arbeite. Ich werde also über das Thema sprechen: Wie haben wir die Neue Oekonomische Politik begonnen und welche Resultate haben wir mit dieser Politik erzielt?

Wenn ich damit beginne, wie wir diese Neue Oekonomische Politik begonnen haben, so muß ich auf einen Artikel von mir aus dem Jahre 1918 zurückgreifen. Zu Beginn des Jahres 1918 habe ich nämlich einmal in einer kurzen Polemik die Frage berührt, wie wir uns zum Staatskapitalismus zu stellen haben. Ich schrieb damals: „Der Staatskapitalismus ist gegenüber der heutigen Wirtschaftslage der Räterepublik — d. h. also gegenüber der damaligen Wirtschaftslage — ein Schritt vorwärts. Wenn wir z. B. den Staatskapitalismus in einem halben Jahre einführen könnten, wäre das ein großer Erfolg und die beste Garantie, daß innerhalb eines Jahres der Sozialismus bei uns fest und unbefugbar sein wird.“

Ich war also im Jahre 1918 der Meinung, daß gegenüber der damaligen wirtschaftlichen Lage der Räterepublik der Staatskapitalismus ein Schritt vorwärts war. Das klingt sehr seltsam und vielleicht sogar widersinnig, denn damals trafen wir so schnell als möglich, wahrscheinlich zu schnell, täglich neue wirtschaftliche Maßregeln, die nicht anders als sozialistische genannt werden können. Und trotzdem meinte ich damals, daß der Staatskapitalismus gegenüber der damaligen Wirtschaftslage der Räterepublik einen Schritt vorwärts bedeutete, und ich erklärte diesen Gedanken weiter, indem ich einfach die Elemente der wirtschaftlichen Konstruktion Rußlands aufzählte. Diese Elemente waren nach meiner Meinung: erstens patriarchalische, d. h. im höchsten Grade primitive Landwirtschaft, zweitens die Kleinproduktion von Waren. Hierher gehört die Mehrzahl der Bauern, die mit Getreide handeln, drittens Privatkapitalismus, viertens Staatskapitalismus, fünftens Sozialismus. Alle diese ökonomischen Elemente waren im damaligen Rußland vertreten. Und da machte ich mir die Aufgabe, aufzuklären, in welchem Verhältnis zueinander diese Elemente stehen und ob wir vielleicht ein nichtsozialistisches Element, nämlich den Staatskapitalismus, höher zu schätzen haben als den

Sozialismus. Ich wiederhole, das erscheint allen sehr seltsam, daß ein nichtsozialistisches Element in einer Republik, die sich für sozialistisch erklärt hatte, höher erscheint und als höher anerkannt wird als Sozialismus. Aber die Sache erklärt sich, wenn sie sich daran erinnern, daß wir den Zustand von Rußland damals nicht für endgültig betrachteten, sondern daß wir vollständig anerkannten: wir haben in Rußland sowohl patriarchalische Landwirtschaft, d. h. die primitivste Form der Landwirtschaft, und dann die sozialistische Form. Also welche Rolle kann unter diesen Umständen der Staatskapitalismus spielen?

Ich fragte mich weiter, welches dieser Elemente überwiegt. Es ist klar, daß in einem kleinbürgerlichen Willen das kleinbürgerliche Element vorherrscht. Die Frage, die ich mir stellte, war: wie stellen wir uns zum Staatskapitalismus, obwohl diese Form keine sozialistische ist, wäre für Rußland günstiger als die jetzige Form. Das bedeutet, daß wir schon damals bis zu einem gewissen Grade verstanden: Ja, es wäre besser, wenn wir früher zum Staatskapitalismus kämen und später zum direkten Sozialismus.

Ich muß diesen Teil ganz besonders betonen, weil ich glaube, nur daraus erklären wir, was die heutige ökonomische Politik erstens darstellt und zweitens können wir daraus auch für die Kommunistische Internationale sehr wichtige praktische Folgerungen ziehen. Darum kann ich nicht sagen, daß wir einen Plan des Rückzuges schon damals fertig hatten. So war es nicht gemeint. Diese kurzen Zeilen der Polemik waren damals kein Plan des Rückzuges. Ueber die Freiheit des Handels — ein sehr wichtiger Punkt und für den Staatskapitalismus von grundlegender Bedeutung — steht hier kein Wort, aber doch eine allgemeine vage Idee des Rückzuges ist da. Und ich glaube, daß wir auch als Kommunistische Internationale, als die Internationale der westeuropäischen, der vorgezeichneten Länder, das beobachten müssen. Jetzt z. B. sind wir mit dem Programm beschäftigt. Ich für meinen Teil glaube, daß wir am besten tun würden, wenn wir jetzt alle Programme das erstmal beurteilen, aber nicht sofort in diesem Jahre entscheiden. Warum? Eine Ursache ist natürlich, daß wir, glaube ich, schwerlich alles gut durchdacht haben. Aber eine spezielle Ursache ist, daß wir den Gedanken des Rückzuges, der Sicherung des Rückzuges fast gar nicht überlegt haben. Wir müssen nicht nur beachten, wie wir zu handeln haben, wenn wir direkt zum Angriff übergehen und sofort siegen. Das ist in revolutionären Zeiten gar nicht so schwer. Während der Revolution gibt es immer Momente, wo der Gegner den Kopf verliert. Wenn wir in diesem Moment angreifen, so können wir sehr leicht siegen. Aber das besagt noch nichts, weil der Gegner, wenn er besser überlegt, seine Kräfte sammelt. Er kann uns dann sehr leicht zum Angriff provozieren und uns für längere Zeit vernichten. Die Idee, daß wir den Rückzug vorbereiten müssen, ist sehr wichtig, nicht nur vom theoretischen Standpunkt aus. Auch vom praktischen Standpunkt aus müssen jetzt alle Parteien, die daran denken, daß sie in nächster Zeit zum direkten Angriff gegen den Kapitalismus übergehen werden, auch daran denken, wie der Rückzug zu sichern ist.

Jetzt gehe ich zu den

Resultaten unserer Neuen Oekonomischen Politik

über. Ich wiederhole: Damals, im Jahre 1921, war das eine ganz vage Idee. Nachdem wir die wichtigste Etappe des Bürgerkrieges zu Ende gebracht haben, und zwar mit einem Siege, kam es zu einer großen — und ich glaube, der größten — inneren politischen Krise Sowjetrußlands: daß wir nicht nur große Massen von Bauern unzufrieden sahen, sondern auch große Massen von Arbeitern. Was war die Ursache dieser Lage? Die Ursache war, daß wir mit unseren ökonomischen Forderungen zu weit gegangen waren, daß wir die Basis nicht gesichert haben, daß die Massen fühlten, was wir noch nicht bewußt zu formulieren wußten. Auch wir erkannten nach ganz kurzer Zeit, daß der direkte Übergang zu der rein sozialistischen Distribution der Güter unsere Kräfte übersteigt und daß wir zugrunde gehen werden, wenn wir nicht in Stande sind, einen Rückzug so zu machen, daß wir uns auf leichtere Aufgaben beschränken. Schon im Frühling desselben Jahres haben wir einstimmig — große Differenzen darüber habe ich nicht gesehen — beschlossen, zur Neuen Oekonomischen Politik überzugehen. Was ist das Resultat? Hat uns diese Rückzugslinie Nutzen gebracht und uns wirklich gerettet? Oder ist das nicht der Fall und das Resultat kein bestimmtes? Ich glaube, diese Hauptfrage ist auch von höchster Wichtigkeit für alle kommunistischen Parteien, weil wir, wenn die Antwort negativ ist, alle zugrunde gehen werden. Ich glaube, wir alle können mit gutem Gewissen diese Frage bejahend beantworten, nämlich, daß die anderthalb Jahre, die seitdem verfloßen sind, positiv beweisen, daß wir dieses Examen bestanden haben.

Ich werde jetzt zu den Beweisen übergehen. Ich muß dazu ganz kurz alle Teile der russischen Oekonomie aufzählen.

Zuerst nehme ich

das Finanzsystem

und den berühmten russischen Rubel. Ich glaube, man kann den russischen Rubel für berühmt erklären, schon deshalb, weil die Zahl dieser Rubel jetzt eine Quadrillion übersteigt. (Seitigkeit.) Das ist schon etwas. Eine astronomische Ziffer. Ich bin sicher, daß sie nicht einmal alle wissen, was das heißt. Aber wir halten — und zwar vom Standpunkt der Oekonomie — die Rubelzahlen nicht für wichtig, man kann auch die Nullen streichen. (Seitigkeit.) Wir haben in dieser Kunst, die vom ökonomischen Standpunkt gar nicht wichtig ist, schon etwas geleistet, und ich bin überzeugt, daß wir im weiteren Verlauf der Dinge noch viel Größeres in dieser Kunst leisten werden. Was wichtig ist, das ist die Frage der

Stabilisierung des Rubelkurses.

Gelingt es uns, für längere Zeit und später für immer den Rubel zu stabilisieren, dann haben wir gewonnen. Dann sind diese astronomischen Ziffern, die Trillionen und Quadrillionen nichts. Dann können wir unsere Wirtschaft auf festen Boden stellen und auf festem Boden führen. In bezug auf diese Frage nun kann ich Ihnen, glaube ich, ziemlich wichtige und entscheidende Tatsachen angeben.

(Schluß folgt.)

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

22] Und während er vorwurfsvoll den Kopf schüttelte, schaute er mit den Lippen.
„Na, laß schon gut sein!“ sagte Ilya unwirsch. „Was hat er denn sonst noch gesagt?“
Und plötzlich ließ er ein trockenes, unangenehmes Lachen aus. Der Onkel rühte verwundert von ihm weg und sagte:
„Was ist denn mit dir?“
„Nichts weiter. Es war ganz richtig, was er da gesagt hat, dieser Bibellundige.“
„Habt ganz auf mich... ach, hol's der Teufel! Bin ganz der gleichen Meinung... Punkt für Punkt!“
Er schweig, sah dem Onkel durchdringend in die Augen und fehrte sein Gesicht der Wand zu.
„Er sagte auch noch“, begann Serentij von neuem, gleichsam vorichtig tastend, „daß die Sünde der Szelz Flügel gibt — Flügel der Reue, auf denen sie sich zum Thron des Allerhöchsten erhebt...“
„Weißt du was?“ unterbrach ihn plötzlich wieder Ilya mit leiser Stimme — „auch du hast einige Aehnlichkeit mit dem Satan!“
Der Budlige streckte die Arme zur Seite aus wie ein Vogel, der die Flügel spreizt, und war ganz starr vor Entsetzung und Schrecken. Gewiss aber richtete sich auf seinem Bett empor, rief den Onkel mit der Hand in die Seite und sagte:
„Hebe dich weg von mir!“
Serentij stand rasch auf und stand, seinen Buckel schüttelnd, mitten im Zimmer. Er schaute düster auf seinen Neffen, der auf dem Bett lag, mit beiden Armen sich stützend, die Schultern hoch emporgezogen und den Kopf tief auf die Brust gesenkt.
„Aber wena ich nicht bereuen will?“ fragte Ilya trocken.
„Wenn ich so denke, kündigt man sollte ich nicht... alles ist von selbst gekommen... alles geschieht nach Gottes Willen, was brauch ich mich zu beunruhigen? Er weiß alles und lenkt alles.“
„Wenn er es nicht gewollt hätte, hät' er mich zurückgehalten... Also hat ich in dem, was ich tat, vollkommen recht! Alle Menschen leben in Unrecht und Sünde, wie viele sind's denn, die Buße tun? Na, was hast du darauf zu sagen?“
„Du verstehe deine Worte nicht — Christus sei mit dir!“ sprach Onkel Serentij traurig und stieß einen Seufzer aus.
„Berstest du mich nicht?“ rief Ilya lachend, „dann sprich erst gar nicht mit mir... laß mich ungelöhren!“

Er streckte sich wieder auf dem Bett aus und sagte nach einer Weile zu Serentij:
„Ich glaube wirklich, ich bin krank...“
„So scheint's auch mir“, sprach der Onkel.
„Schlafen muß ich... Geh, laß mich allein... ich möchte schlafen.“
Als Ilya allein war, fühlte er, wie in seinem Kopf's gleichsam ein Strudel sich wirbelnd drehte. All das Selbsttame, das er in die letzten Stunden durchlebt hatte, stieß zu einem ständigen, heißen Nebel zusammen, der schwer auf sein Hirn drückte. Und es schien ihm, daß er schon lange sich in diesem qualvollen Zustande befand, daß er den Alten nicht hüt, sondern irgend einmal vor langer Zeit erdroffelt hatte.
Er schloß die Augen und lag unbeweglich da. In seinen Ohren tönte die quälende Stimme des Alten:
„Na her mit deinen Mützen — aber mach rasch!“
Und dann vernahm er ein heiseres Angstschreien:
„Am Gottes Willen... mein Duschchen!“
Die rauhe Stimme des schwarzhäutigen Kaufmanns die rührende Bitte Maschas, die Worte des alten Reherhühes und die frommen Reden des Bibellundigen — alles das tönte wie ein Wirbel durch sein Hirn. Es war ihm, als ob alles unter ihm schwankte und in jähe unregelmäßige Bewegungen geriet, die ihn selber irgendwohin in die Tiefe hinabzogen. Die Furcht vor dem ihm gewichen — er hatte nur noch das Bedürfnis nach Ruhe, nach Schlaf, nach Vergessen. Und er schlief ein.
Als er am Morgen erwachte, sah er an der hell bestrahlten Wand gegenüber dem Fenster, daß ein klarer, frosthafter Tag angebrochen war. In seinem Kopfe war es trüb und wirr, in seinem Herzen aber ruhig. Er rief sich die Ereignisse des gestrigen Tages ins Gedächtnis, belauschte gleichsam sich selbst und hatte das unbestimmte Gefühl, daß er nun schon wissen würde wie er sich zu benehmen hätte. Eine halbe Stunde später ging er, mit seinem Hauptkissen auf der Brust, die im hellen Sonnenlicht in strahlende Straße herunter, blinzelte mit den Augen, da der Schnee ihn blendete, und musterte ruhig die Leute die ihm begegneten. Kam er an einer Kirche vorüber, so nahm er die Mühe an und betrat sie. Auch vor der Kapelle neben dem geschlossenen Geschäft Polukotows betrat er sich und ging weiter, ohne eine Spur von Furcht oder Bedauern oder sonst einem beunruhigenden Gefühl zu empfinden. Als er zur Mittagszeit in einer Schenke saß, las er in einer Zeitung den Bericht über die freie Ernennung des Geldwechslers. Der Schluß des Artikels lautete: „Von der Polizei sind energische Maßnahmen zur Ergreifung des Lärms ergriffen.“ Als Ilya diese Worte las, schüttelte er ungläubig

lächelnd den Kopf: er war fest davon überzeugt, daß man den Mörder niemals ergreifen würde, wenn er nicht selbst wünschte, daß man ihn fahre.
14.
Am Abend dieses Tages schickte Olympiada ihre Aufwärterin zu Ilya mit einem Briefe in dem es hieß:
„Komm um neun Uhr an die Ecke der Kusnezaja-Straße nach den Badehäusern.“
Als Ilya diese Worte las, fühlte er, daß sein Inneres sich trampfhaft zusammensog und wie im Frost erzitterte. Er sah wieder den geringschätigen Ausdruck im Gesicht seiner Geliebten und in ihrem Ohren klangen die schroffen, verlesenden Worte:
„Konntest du nicht zu einer anderen Zeit kommen?“
Er betrachtete den Brief von allen Seiten und begriff nicht, weshalb ihm eigentlich Olympiada dieses Stellchlein gab.
Und dann mit einem Male fürchtete er sich, dies zu begreifen, und sein Herz begann heftig zu schlagen. Um neun Uhr war er pünktlich zur Stelle. Als er unter den zahlreichen Frauen, die in der Nähe der Badehäuser paarweise oder einzeln spazieren gingen, die hohe Gestalt Olympiadas erblickte, verstärkte sich noch seine Unruhe und Angst. Olympiada trug eine alte Pelz und ein Tuch auf dem Kopfe, das Ilya nur die Augen sehen ließ. Schweigend blieb er vor ihr stehen.
„Komm!“ sagte sie, und gleich darauf fügt sie leise hinzu:
„Schlag deinen Kragen hoch.“
Sie schritten durch den Korridor der Badeanstalt wandten rasch Gesichter wie aus Schamgefühl zur Seite und verschwanden in einer reservierten Zelle. Olympiada warf fogleich ihr Tuch ab und beim Anblick ihres ruhigen, vom Frost rostig angehauchten Gesichtes sagte Ilya wieder Mut. Gleichzeitig jedoch fühlte er, daß es ihm unangenehm war, sie so ruhig zu sehen. Sie setzte sich neben ihn auf den Diban und sprach, indem sie ihm freundlich ins Gesicht sah:
„Du mein Eigenheim! Jetzt kommen wir beide bald vor den Untersuchungsrichter.“
„Barum?“ fragte Ilya, indem er den tauenden Reif von seinem Schwarzhaut wusch.
„Wie dumm er sich doch stellen kann! Als ob er gar nichts wüßte.“ rief Olympiada leise, mit spöttischem Ausdruck.
Dann zog sie die Brauen zusammen und sprach in ernstem Tone flüsternd zu Ilya:
„Denk dir, heut war ein Geheimpolizist bei mir! Was sagst du dazu?“
(Fortsetzung folgt.)

Breslau. Lokales.

Ein neuer Schlag gegen die Straßenbahner.

Raum ist es den sozialdemokratischen Stadtverordneten gelungen, die Straßenbahner, die wegen der geplanten Wasserentlassungen in große Erregung gerieten, zu beruhigen, und schon führt der Magistrat einen neuen Schlag gegen die städtischen Straßenbahner. Uns wird von zuverlässiger Seite folgendes mitgeteilt:

Am 15. Dezember 1922 sollen bei der nördlichen Straßenbahn 60 ledige und am 1. Januar 1923 400 verheiratete Straßenbahner entlassen werden. Und zwar diejenigen Straßenbahner, die noch nicht 10 Jahre im Betrieb sind. Der Betriebsrat machte den Vorschlag, daß statt der Entlassungen die Arbeitszeit gekürzt werden soll. Ledige sollen im Monat 8, Verheiratete 4 Tage aussetzen. Die Straßenbahnverwaltung hat dies jedoch abgelehnt. Der Betriebsrat klagt nunmehr beim Schlichtungsausschuß gegen die Stadt.

Wenige Wochen sind erst vergangen, seitdem der sozialdemokratische Stadtverordnete Datz erklärte, seine Partei würde es nicht dulden, daß Entlassungen vorgenommen werden. Und schon werden Berichte über neue Kündigungen bekannt. Wie waren uns zwar schon darüber klar, daß die SPD. in dieser Frage ebenso unfaßlich war, wie sie in anderen unfaßlich ist. Daß es aber so schnell gehen würde, haben wir doch nicht vermutet. Wir sind nur gespannt darauf, was die rechten Sozialdemokraten zu dem neuen Beschluß des Magistrats sagen werden. Wir helfen nochmal fest, daß es in der Hand der sozialdemokratischen Stadtverordneten liegt, die Massenentlassungen zu verhindern. Die Breslauer Arbeiterschaft erwartet von ihnen, daß sie im Stadtparlament die Interessen der Straßenbahner mit äußerster Konsequenz vertreten.

Die Brutalität der Magistrat gegen die Straßenbahner vorgeht, ist daraus zu ersehen, daß der Stadtrat Preßler in der letzten Straßenbahnerversammlung im Gewerkschaftshaus erklärte, die Straßenbahner hätten mit ihren unerhörten Lohnforderungen die städtische Straßenbahn ruiniert. Direktor Bleyberg bestätigte diese Auswüchse. Allerdings nicht in so brutaler Form. Er sagte: Wenn es mit dem Defizit so weiter geht, wird man die Straßenbahn einfach stilllegen. Breslau wäre ja nicht die einzige Stadt, die die Straßenbahn zum alten Eisen wirft. Auf der anderen Seite gibt man aber zu, daß die Löhne nicht zum Niedrigsten anstiegen. Zweijährige würde der Stadtrat Preßler diese Worte nicht in eine von 2000 Mann besetzte Versammlung schleudern, wenn er nicht ganz genau wüßte, daß die Gewerkschafts- und SPD-Führer hinter ihm stehen. Nur weil die sozialdemokratischen Stadtverordneten dem Magistrat die Streikbühnen halten, kann sich der Stadtrat Preßler aus hohe Pferd setzen.

Gleichzeitig mit den neuen Entlassungen geht die Verwaltung noch in anderer Richtung gegen die Straßenbahner vor. Durch Aushang wurde den Straßenbahner folgendes bekanntgegeben:

Am 1. Dezember 1922 fallen die bisherigen roten Familienausweise weg.

An ihre Stelle wird eine neue Karte ausgegeben, auf der des Bediensteten Wohnung und ein bestimmt zu bezeichnender Hausansatzangehöriger von der Bauhofsvormaltung eingetragen wird, welchem nur zum Zwecke des Hinbringens von Essen oder Einkaufs zur Dienststelle und zurück nach der Wohnung freie Fahrt gewährt wird.

Familienkarten für Ledige sind im Einzelfalle besonders zu begründen. Als Familienangehörige gelten nur die in Wohnung aufgenommenen Angehörigen, die zur Führung des Haushaltes erforderlich sind.

Fahrer und Schaffner selbst behalten Freiheit auf ihren Dienstreisen.

Karte freier Fahrt-Ausweise, die vom 1. Dezember ab vorgelegt werden, sind ausnahmslos abzunehmen und an die Verwaltung abzuliefern.

Breslau, den 28. November 1922
Verwaltung der städtischen Straßenbahn
J. A. Witt.

Die Straßenbahnerverwaltung will also dem Personal auch noch die geringen Vergünstigungen entziehen, die es bisher hatte. Namentlich mit Einverständnis der SPD-Stadterordneten.

Die Gewerkschaftsführer gegen die Arbeiter.

Am selben Tage, da der Aushang wegen Entziehung der Freifahrtkarten bekannt wurde, geben die Betriebsräte in einem anderen Aushang heraus, der anündigt, daß die **Verbandsbeiträge um das Dreifache erhöht worden sind.** So hat es die letzte Mitglieder-Versammlung des Transportarbeiter-Verbandes beschloffen. Warum haben die Betriebsräte das nicht früher bekanntgegeben? Warum gerade an diesen Tage? Doch nur, um dadurch die Kampfkraft der Straßenbahner zu lähmen, um Zwiespalt unter sie zu jagen. Sie spekulieren darauf, daß viele Kollegen durch die hohen Beiträge jetzt aus dem Verbande austreten und es dadurch der Straßenbahnerverwaltung leichter wird, ihr Ziel zu erreichen und die Straßenbahner niederzuknüppeln.

Das muß jeder Kollege erkennen. Keiner darf jetzt wegen der hohen Beiträge aus dem Verband austreten. Wer es tut, schadet sich und seinen Klassenossen, begibt Verlet an der Sache des Proletariats.

Wahr denn je gilt es jetzt, die Geschlossenheit der Gewerkschaften zu wahren. Nur wenn die Straßenbahner sich jetzt zusammenschließen zu einheitlicher Kampfkraft, wird es ihnen gelingen, den Angriff des Magistrats abzuwehren. Als geschlossene Macht müssen die Straßenbahner Gewerkschaften und SPD-Stadterordneten zwingen, den Kampf gegen den Magistrat zu führen.

Kommunistischer Hilfsdienst.

Für Freitag den 1. 12. kommen folgende Genossen zum Subbotnik: Bahim Kinder, Richard Lasker, Werner, Gottfried Engel, Otto Schramm, Fritz Wilde und Paul Kappeler.

Für Sonnabend, den 2. 12. kommen folgende Genossen zum Subbotnik: Degenhauer, Georg Schönbauer, Paul Müller, Hebler, Töpfer, Wagner, Janke, Robert Müller, Kaufmann, Kubitzki.

Arbeiter-Schachverein Breslau. Die Sonntagssitzung findet am Sonnabend, den 2. Dezember, im Kränzchen Paulstraße 42 statt.

Neustadt OS.

Die **ausländische KPD.** Am vorigen Sonnabend hatten einige Vongrubenarbeiter Gelegenheit, anlässlich der Wahl in Oberösterreich einer öffentlichen Wahlversammlung unserer Partei in Neustadt beizuwohnen. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der größte Saal von Hunderten von ungefährl. 200 Personen besetzt. Genosse Hejtelbarth leitete die Versammlung durch seinen beherzigen Vortrag bis zum Schluß. Seine Ausführungen waren mit stürmischer Begrüßung aufgenommen. Trotzdem vergebens streben langjähriger Parteigenosse gewesen war, ließ er sich von dem Rat, anderen Referenten entgegenzusetzen, trotzdem man doch annehmen muß, daß derselben mit dem Vortrage keineswegs einverstanden gewesen sind. Denn das Gegenstück zu unserer Versammlung. Am selben Abend hielt der Reichstagsabgeordnete **Jelidzans** aus Vongruben (KPD) hier eine öffentliche Wahlversammlung ab. Dort lag er nun mit dem Hauptteil seiner Genossen und repräsente vor einem kleinen Saal, denn durch vorheriges Übergeben konnte ich feststellen, daß ungefährl. 60 bis 65 Personen anwesend waren. Die schon immer, so wurden wir Kommunisten auch in dieser Versammlung als Vongruben und Reichstagsabgeordnete, von denen es keine Gewerkschaft gibt. Trotzdem erlaubt sich diese Gewerkschaft immer noch, von dem Aussehen der Kommunisten zu jagen, obwohl es in Wirklichkeit die KPD ist, die immer mehr den Boden unter ihren Füßen verliert. Man konnte bei jeder Rede Schritte aufhören. Endlich im Erwähnen der Kandidaten, abgeordnete und Gewerkschaftsführer Lang, Vongruben, vor

kurzem in Reife vor einer Mitgliederversammlung sprechen mußte. Denn sie eine öffentliche nicht einmal zusammenbrachte. Unseren Weisheit in Neustadt rufen wir aber zu: Heran an die Massen nach der Wahl, damit eure Ortsgruppe weiter wächst und erstarkt, denn euer Boden ist ein guter!
P. K., Vangenbielau.

Sorgt für die Hungernden Rußlands!

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Bezirksleitung Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 8887

Adresse: Alfred Döhrner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto Breslau 68864, Alfred Döhrner

Agitationskreis Breslau. Kreisleiter: Olofester Kasseke Breslau.

Breslau. Die Distriktabrechnungen vom November finden vom 30. 11. bis 6. 12. in der Zeit von 6 bis 8 Uhr nachm. in unserem Büro statt. Da die Bezirksleitung von uns früheste Abrechnung verlangt, wird jeder Distriktkassierer ersucht, recht pünktlich abzurechnen. Sämtliche Funktionäre, die die Sammellisten für Oberschlesien empfangen haben, sind verpflichtet, dieselben sofort abzugeben.

Distrikt 6. Am Freitag, den 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, bei Mühlberg, Rokokoplatz 18, außerordentlicher Distriktsabend. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Distrikt 9. Gellhornstraße 21. Sonnabend, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Besprochen wird über: Anarchismus und Marxismus in der Gewerkschaftsbewegung.

Agitationskreis Ohlau. Kreisleiter: Gustav Wiesner Ohlau.

Ohlau. Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 9 Uhr, bei Schmidt, wichtige Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Sämtliche Ortsgruppen des Agitationskreises Ohlau.

Sonntag, den 3. Dezember, nachm. 3 Uhr, im Gasthaus zur Stadt Oels (bei Schmidt) Kreis-Konferenz. Sämtliche Ortsgruppen sind verpflichtet Delegierte zu entsenden.

Agitationskreis Langenbielau. Kreisleiter: Franz Kachel Langenbielau.

Sonntag, den 3. Dezember, nachm. punkt 4 Uhr, in Reichenbach bei Mannich, Herstraße (Gasthof zur Hoffnung). Kreis-Konferenz. Sämtliche Funktionäre der Ortsgruppen Langenbielau, Peterswaldau, Reichenbach, Willau und Weigelsdorf sind verpflichtet, zu erscheinen. Mitglieder, die nicht Funktionäre sind, können sich ebenfalls beteiligen. Referent: Genosse Gräf-Breslau. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin.

Langenbielau. Sonnabend, den 2. Dezember, abds. punkt 7 1/2 Uhr, Abrechnung aller Gruppenführer mit dem Hauptkassierer. Punkt 7 1/2 Uhr, Vorstand- und Funktionär-Versammlung, auf der F. A. S. Punkt 8 1/2 Uhr, Offenti. Mitglieder-Versammlung. 1. Referat: Die Aufgaben der Frau im Kampfe des Proletariats. 2. Ansprache. 3. Organisationsfragen. Alle Genossen sind verpflichtet, die Frauen mitzubringen. Der Kinosaal ist geheizt. Pünktlichkeit ist revolutionäre Pflicht. Referent zur Stelle.

Peterswaldau. Die Offenti. Frauen-Mitglieder-Versammlung muß der Konferenz wegen aufgeschoben werden. Der Tag der Versammlung wird rechtzeitig bekannt gemacht. Sämtliche Funktionäre der Ortsgruppe Peterswaldau haben

sich an der Kreis-Konferenz, Sonntag nachm. punkt 4 Uhr in Reichenbach, Gasthaus zur Hoffnung (Mann), zu beteiligen. Auch Mitglieder, die nicht Funktionäre sind, ist der Zutritt gestattet. Genosse Gräf referiert.

Agitationskreis Landeshut. Kreisleiter: Wilhelm Bräuner Landeshut.

Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gasthof zur Sonne, Kreis-Konferenz mit äußerst wichtiger Tagesordnung. Ein Vertreter der Bezirksleitung ist anwesend. Die Genossen der Bezirksleitung, der Frauen-Agitationskommission, der Jugendleitungen und der Stadterordnetenfraktion sind zum Erscheinen verpflichtet. Außerdem muß jede Ortsgruppe durch mindestens einen Delegierten vertreten sein. Mitglieder der Partei und Jugend als Gäste willkommen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Agitationskreis Lauban. Kreisleiter: Rudolf Gregor Lauban.

Schöndorf. Sonnabend, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Gerichtskreishaus, Mitglieder-Versammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung Erscheinen unbedingt notwendig.

Agitationskreis Oels, Namslau, Bernstadt. Kreisleiter: Hermann Abner Oels.

Sonnabend, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Kreis-Konferenz und Mitglieder-Versammlung bei Sternitz, Oblaueritz 4. Das Erscheinen der Funktionäre und Mitglieder von Namslau und Bernstadt ist dringend erwünscht. Referent anwesend.

Agitationskreis Striegau. Kreisleiter: August Reimann Striegau.

Eine Kreis-Konferenz findet am Sonntag, den 3. Dezember 1922, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokal „Fürst Bismarck“ bei Sauer in Striegau statt. Jede Ortsgruppe hat einen Delegierten zu entsenden.

Agitationskreis Waldenburg.

Kreis-Konferenz für das obere und untere Revier (gemeinsam) am Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Goldenen Becher, Ober-Waldenburg. Wegen der wichtigen Tagesordnung muß jede Ortsgruppe vertreten sein. Ohne Delegierten-Ausweis oder Mitgliedskarte kein Zutritt. Pünktlichkeit ist revolutionäre Pflicht.

Waldenburg. Alle kommunistischen Bergarbeiter haben sich einzufinden am Sonnabend, den 2. Dezember, vormittags 9 Uhr und nachmittags 4 Uhr, beim Genossen Gieslod, Kristerstr. 7. Als dringende Pflicht jedes einzelnen ist notwendig, zu erscheinen.

Witzlegersdorf. Mitglieder-Versammlung. Diese findet nicht wie bekannt Sonntag, den 3. Dezember, vorm. 9 Uhr, sondern wegen der Kreis-Konferenz erst abends 8 1/2 Uhr im Unter in Blumenau statt. Sympathisierende und Leser der Zeitung sind willkommen. Genossen bringt eure Frauen mit.

Kommunistische Jugend. Bezirksleitung: Max

Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto: Breslau 675 95 Max Gläser.

Agitationskreis Breslau. Kreisleiter: Gottfried Hoffmann Breslau, Alferstraße 80.

Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 11 Uhr, Funktionär-Versammlung. — Nachmittags 3 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Auf Grund der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Jugendgenossen(in) zu erscheinen.

Agitationskreis Hirschberg. Kreisleiter: Erich Kuder Hirschberg.

Arnsdorf. Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Versammlung im Dittich bei Kahl.

Landeshut. Am Sonntag, den 3. Dezember, vorm. 11 Uhr, im „Gasthof zur Sonne“, Kreis-Auswahlsitzung. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Kreisleiters. 2. Bericht vom Reichsbetriebsräte-Kongress.

Verantwortlicher Redakteur: J. o. b. J. a. r. t. s. G. Inzerate Max 31 G. o. h. e. r. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus.

Opernabteilung
Leitung 2. 5. 5
Heute
und täglich 7 1/2 Uhr
**Die Königin
von Montmartre**
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr
Ein Walzertraum



Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9

**Der schwarze
Harlekin**
Abendveranstaltungen
in 6 Akten

Tingellangel
Sittlichkeits
in 5 Akten

Genosse
Schauspielhaus

Anordnung!

Aufgrund der §§ 20 und 87 der Mehl- und Brotordnung für den Stadtkreis Breslau vom 12. August 1921 (Beilage zu Nr. 36 des Bresl. Gemeindeblattes) ordnen wir folgendes an:

1. Sämtliche Bäcker und Händler, die Mehl, Mehl verbacken oder abgeben, haben die bis einschließl. 3. Dezember 1922 eingenommenen Brotmarken Nr. 9 (einschließl. der von den Wiederverkäufern) sowie die Schieferbrotmarken spätestens an dem unten angegebenen Tage bis 1 Uhr nachmittags in der vorgezeichneten Weise und an dem vorgezeichneten Orte abzuliefern. Ebenso haben sie bis zu diesem Zeitpunkt die Lieferhefte für die bis zum 3. Dezember 1922 an Aufkäufen ohne Brotmarken gelieferten Mengen Mehl-Gehalts abzuliefern.

2. Sie haben ferner die für diese Brotmarken und Lieferhefte erhaltenen Ermittlungen sowie sämtliche übrigen in ihrem Besitze befindlichen Ermittlungen, Quittungen, Restquittungen oder Lieferungsbescheinigungen am gleichen Tage bis 3 Uhr nachmittags in der Stadtverteilungsstelle, Blücherplatz 67, 2. Stock, Zimmer 15 für Bäcker, und 1. Stock, Zimmer 9 für Händler, abzugeben. Sie erhalten über die Gesamtzahl der abgelieferten Ermittlungen einen neuen Quittungsschein.

Der für den Einzelnen in Frage kommende Tag ist folgender:
Für die Bäcker und Händler aus den Bezirken:

Mitte, Süden u. Süden: Montag, 4. Dezember

Osten und Norden: Dienstag, 5. Dezember.

Alle bis zu diesem Zeitpunkt noch abgelieferten Ermittlungen und Quittungen sind dem Genossen verliert ihre Gültigkeit. **Bitte pünktlich!**

Der Magistrat — Stadtverteilungsstelle.

Soeben neu erschienen:

Brot und Maschinen für Sowjet-Rußland

Ein Jahr proletarischer Hilfsarbeit von Willi Mühlberg.
Broschüre, 38 Seiten stark.
Preis 50.— Mark.

Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaistr. 49/50 Abteilung Buchhandlung.

Hochaktuell!



SPITZEL

Aus dem Inhalt:
Stützen d. Gesellschaft / Die „Ordnung“ wird hergestellt.
Die SPD. und d. Spitzel / Brandstifter / Schwarze Hand.
Der amtliche Spitzelapparat / Weismann / Weismann-Filialen in Rußland / Tschitscherin / Betriebsspitzel
Reich illustriert Preis 2 Mark

E. H. LLEIN T E N O

Die Technische Beihilfe als Klassenaffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat / Krieger mit dem Streikbrockergarden der Klassenverrat!
Preis ca. 2 Mark

Die Schlußzahl mit der diese Preise zu multiplizieren sind, bezieht zur Zeit für die Organisations-Ausgabe 120, für alle anderen Ausgaben 150.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Organisationen oder direkt durch den Verlag:
VEREINIGUNG INTERNATIONALER VERLAGS-ANSTALTEN G. M. B. H.
BERLIN SW 61 / PLANWER 17

Zu bezich. durch: Produktiv-Genossenschaft für die Prov. Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaistr. 49/50 / Abteilg. Buchhandlung.